

Schwerpunktthema dieser Ausgabe:

FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK



WARUM EINE HOHE WAHLBETEILIGUNG VON FRAUEN WICHTIG IST!

AUTORIN: EVA-MARIA MERTENS

Das Frauen wählen können, ist keine Selbstverständlichkeit. In Deutschland erhielten die Frauen erst 1918 das aktive und passive Wahlrecht, in manchen Kantonen der Schweiz erst 1990. Bis heute gibt es Staaten, in denen Frauen nicht wählen dürfen, geschweige denn gewählt werden dürfen, so in Saudi-Arabien.

Dem Frauenwahlrecht ging ein langer Kampf der Frauenbewegung voraus, der bereits im 18. Jahrhundert begann. Doch Olympe de Gouges, die 1793 im Zuge der französischen Revolution neben Brüderlichkeit auch Schwesterlichkeit gefordert hatte, endete auf dem Schafott. 1873 verlangte die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm als erste Frau in Deutschland das Frauenwahlrecht, doch es sollte 45 Jahre dauern, bis es dazu kam.

Australien ist 1902 der erste moderne souveräne Staat, der das Frauenwahlrecht eingeführt hat. In Europa waren die skandinavischen Staaten Vorreiter beim Frauenwahlrecht. In Deutschland wurde 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt, ebenso in Polen und Russland. In Frankreich und Italien durften die Frauen erst nach 1945 wählen.

Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz). Vom 30. November 1918.

§ 2
Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wähltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Als erste Frau in einem deutschen Parlament sprach am 19. Februar 1919 Marie Juchacz aus Berlin, einst Dienstmädchen, Krankenwärterin, Schneiderin, seit 1905 aktive Politikerin: „Ich möchte hier feststellen ..., daß wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne

Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ Die Wahlbeteiligung der Frauen betrug damals 82%. Immerhin waren nach der Wahl am 19. Januar 1919 von den 423 Abgeordneten der Nationalversammlung 41 weiblich (8,7%). Zahlen, die erst bei der Bundestagswahl 1980 mit 8,2% fast wieder erreicht wurden.

Durch die Beteiligung der Frauen sind neue Themen – beispielsweise soziale – auf die Agenda gekommen. Erst mit dem Frauenwahlrecht lohnte es sich für die Parteien, Angelegenheiten zu behandeln, die das Leben der Frauen betrafen. Auch das Problem häusliche Gewalt erhielt erst über die Frauen Einzug in die Parlamente.

Denn nur das Gesetz zum Frauenwahlrecht alleine reichte nicht. Dank der Parlamentarierin Elisabeth Selbert wurde die rechtlich uneingeschränkte Gleichberechtigung 1949 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Der schlichte Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Artikel 3, Abs. 2 GG) machte, mit den Stimmen der Frauen und einer mobilisierten Öffentlichkeit, den Weg frei für eine umfassende Gleichberechtigung. Aber es dauerte im Westen noch lange, frauendiskriminierende Regelungen, insbesondere des Bürgerlichen Gesetzbuches, in entsprechendes, Frauen und Männer gleichberechtigendes Recht anzupassen. In der DDR ging es schneller, in der Verfassung folgte auf den Satz von der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein weiterer folgenschwerer, der da lautete: „Alle Gesetze, die dem entgegenstehen, gelten nicht mehr.“

Doch ist bis heute in vielen Bereichen, vor allem gesellschaftlich gesehen, noch keine Gleichberechtigung erreicht. Nur rund ein Drittel der Bundestagesabgeordneten und nur knapp ein Viertel der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern sind weiblich. Lediglich fünf Prozent der Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern in unserem Bundesland haben Bürgermeisterinnen.

Da Frauen noch immer vorrangig für Haushalt und Familie zuständig gelten, fällt es ihnen im Vergleich zu den Männern schwerer, sich Zeit für die Übernahme poli- ■■■

Fachinformationsdienst zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder in Mecklenburg-Vorpommern

INHALTE

Editorial S. 01
 Warum eine hohe Wahlbeteiligung von Frauen wichtig ist S. 01
 Die andere Sichtweise v. Frauen S. 03
 Nur wer mitmacht, darf meckern! S. 04
 Weil es wirklich etwas bringt! S. 04
 So ein Mandat erfordert Zeit S. 05
 Wählen gehen - oberste Bürgerpflicht! S. 07
 Es macht richtig Spaß! S. 08
 Kommunalwahlen 2009 - Ein Thema für Frauen S. 09
 FrauenMachtKommune S. 11
 Wo stehen die Interventionsstellen aus M-v im Bundesvergleich . . . S. 12

IN EIGENER SACHE

„Politik ist wie Wetter.“ Was diese Aussage mit unserer heutige Ausgabe zu tun hat? Wir laden Sie und Euch zum Lesen ein. Das Jahr 2009 ist wieder einmal ein „Superwahljahr“. Bundestagswahlen, Europawahlen, vier Landtagswahlen und acht Kommunalwahlen werden stattfinden. Und wie immer vor den Wahlen werden auch wir Frauen wieder interessanter – als Wählerinnen, aber auch als Kandidatinnen!

90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland verdeutlichen das. Frauen haben sich das Wahlrecht hart erkämpfen müssen, Frauen sollen ihr Wahlrecht auch in Anspruch nehmen. Das aber reicht nicht. Nur ca. 25% der Kommunalpolitiker sind weiblich. Keinesfalls ausreichend – sagen die einen. Wie soll Frau das auch noch schaffen? – ist die verständliche Frage der anderen. Frauen werden zurzeit von vielen verschiedenen Seiten aufgefordert, sich den Aufgaben z.B. in der Kommunalpolitik zu stellen. Der Deutsche Städte- und Gemeindetag erklärte: „Darüber hinaus haben Frauen in acht Kommunalwahlen die Chance zu kandidieren und als Mandatsträgerin mindestens fünf Jahre lang das Geschick ihrer Kommune mitzubestimmen.“

Die Entscheidung in die Kommunalpolitik zu gehen, erfordert genaues Abwägen. Wir lassen in dieser Ausgabe Politikerinnen zu Wort kommen, die sich schon lange entschieden haben und hoffen, Anstöße zum Nachdenken und vielleicht Entscheiden geben zu können. Denn „Politik ist wie Wetter.“

Die Redaktion

■■■ tischer Ämter zu schaffen. Doch eine gerechte Vertretung von Fraueninteressen ist nur möglich, wenn in den Parlamenten, sei es in der Kommune, der Bürgerschaft, dem Kreistag oder dem Land- und dem Bundestag, auch Frauen vertreten sind.

Daher: gehen Sie zu Wahl, geben Sie ihre Stimme ab. Aber auch: lassen Sie sich zur Wahl aufstellen, beteiligen Sie sich an politischer Meinungsbildung in Parteien und Wählervereinigungen.

WAHLTERMINE 2009
 Kommunalwahlen am 7. Juni
 Europawahlen am 7. Juni
 Bundestagswahl
 am 27. September

In Kommunalparlamenten, im Kreistag und in Ihrem Gemeindeparlament bzw. in der Bürgerschaft werden die Belange vor Ort entschieden: wie das mit dem Abwasser ist, welche Schule Bestand hat, usw. All das sind wichtige Entscheidungen, für die Sie den Sachverstand mitbringen aufgrund Ihrer familiären Situation, Ihren Alltagserfahrungen und Ihren Fähigkeiten.

Im Landtag sowie im Bundestag werden übergeordnete Gesetze entwickelt, die das Land oder den Bund betreffen, im Europaparlament werden europäische

ZUR AUTORIN



Eva-Maria Mertens, Jahrgang 1963, Dipl. Prähistorikerin, tätig als Koordinatorin im Kompetenzzentrum Frauen für Naturwissenschaft und Technik an der Fachhochschule Stralsund, Vorsitzende des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern, Gemeindevertreterin in der Gemeinde Karnin, hat sich erneut zur Kommunalwahl als Kandidatin aufstellen lassen.

Gesetze entschieden. Alle diese Gesetze wirken wieder zurück in die Dörfer und Städte, in Ihr Leben. Trauen Sie sich ruhig mal in den Orts- oder Kreisverband einer Partei. Die nötigen Informationen finden Sie im Internet.

AKTION DES LANDES-FRAUENRATS M-V ZUR KOMMUNALWAHL

Der Landesfrauenrat M-V beteiligt sich an einer länderübergreifenden Aktion der Landesfrauenräte Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg. Die Postkartenaktion „Frauen gehen wählen!“ verwendet einen Aufruf von Elly Heuss-Knapp, der bereits für die Wahl 1919 genutzt wurde.

Demokratie heißt, möglichst vielen Menschen, Frauen und Männern, die Möglichkeit zu geben, gleiche Rechte und gleiche Chancen zu verwirklichen. Eine zweite Postkartenaktion wurde initiiert von der AG „Frauen und Rechtsradikalismus“ beim Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern (auf Anregung unserer letzten Klausurtagung) mit Unterstützung der Parlamentarischen Gleichstellungsbeauftragten für Frauen und Gleichstellung Dr. Margret Seemann. Diese landesweite Aktion soll Frauen motivieren, Frauen und demokratische Parteien zu wählen.

Rechtsradikalismus beinhaltet neben Demokratiefindlichkeit ein bestimmtes

Bild von Weiblichkeit, das Frauen auf bestimmte gesellschaftliche Rollen festlegt und sich mit Sexismus beschreiben lässt. Hinzu kommt in der Regel Gewaltbereitschaft, nicht nur, aber auch gegen Frauen. Dennoch gibt es Frauen, die davon angezogen werden. Der Landesfrauenrat gibt eine Broschüre „Frauen und Rechtsextremismus“ heraus, die ab Mai in der Geschäftsstelle des Landesfrauenrates, Heiligengeisthof 3, 18055 Rostock, erhältlich ist.

Im Superwahljahr 2009 mit insgesamt 16 Wahlen, davon einige auch in M-V, sind Frauen gefragt, sich zur Wahl zu stellen und selbst wählen zu gehen. Politik ist glaubwürdiger, wenn sie von Frauen und Männern unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Lebenssituationen gestaltet wird. ■

ZUM WEITERLESEN

- Allgemeine Informationen zur Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern unter: www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/im/Themen/Kommunale_Themen/Wahlen/index.jsp
- Beteiligung von Frauen an Kommunalwahlen: www.kommunalwahl-bw.de
- Meldung des Landesfrauenrates M-V zu Bundesforschungsprojekt zur politischen Partizipation von Frauen in Kommunen und Gemeinden: www.landesfrauenrat-mv.de/mmsnews



DIE ANDERE SICHTWEISE VON FRAUEN

SABINE JONITZ IM GESPRÄCH
MIT ELKE-ANNETTE SCHMIDT, MALCHOW

Sie sind seit 1990 Stadtvertreterin in Malchow und haben dort die Kommunalpolitik mit gestaltet und mitgeprägt. Was meinen Sie: Warum sollten Frauen wählen gehen?

Sie sollen auf jeden Fall ihr demokratisches Grundrecht wahrnehmen, denn das ist ein Grundrecht, das Frauen sich erst mühsam erkämpfen mussten. Wir haben ja in diesem Jahr 90 Jahre Frauenwahlrecht und wenn man sich mal überlegt, dass dafür eine Französin ihr Leben lassen musste, sie wurde 1793 durch die Guillotine hingerichtet, sollte man es sich nicht nehmen lassen, dieses Grundrecht wahrzunehmen. Es ist ein Stück Gestaltungsmöglichkeit, dass man hat und das sollte man als Frau auch unbedingt nutzen.

Wir haben in diesem Jahr Kommunalwahlen im Land. Es geht darum, Frauen zu motivieren, wählen zu gehen, aber auch selber aktiv zu werden und sich als Kandidatin aufstellen zu lassen. Warum sollten Frauen aktiver in der Kommunalpolitik sein?

Ich bin zu diesem Thema momentan sehr viel unterwegs. Ich bin zu vielen Veranstaltungen eingeladen, auf denen ich über meine Erfahrungen als Kommunalpolitikerin berichte und Frauen animieren möchte, sich auch aufstellen zu lassen, sich als Kandidatin auf Listen oder auch als Einzelbewerberin in den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Zum Einen ist in diesen Gremien, den Gemeindevertretungen und den Stadtvertretungen, der Frauenanteil momentan noch viel zu gering. Dieser liegt unter 25% und das ist zu wenig. Wenn man davon ausgeht, dass 50% der Bevölkerung Frauen sind, ist es ganz einfach eine Frage der Demokratie. Frauen sollten sich durchaus auch von Frauen vertreten lassen. Es ist also ein Demokratieprinzip.

Auf der anderen Seite ist es auch so, dass Frauen eine andere Sichtweise einbringen können, die gerade für Kommunalpolitik wichtig ist. Frauen sind oft die Organisatorinnen des Lebens vor Ort und haben mit den Auswirkungen von Kommunalpolitik jeden Tag zu tun. Sei es im öffent-

lichen Personennahverkehr, sei es bei der Kinderbetreuung. Das sind alles Felder, mit denen Frauen vordergründig vertraut sind. Daher ist es wichtig, dass Frauen hier ihre Erfahrungen aus ihrem täglichen Leben und ihre Sichtweisen einbringen.

Frauen haben aber auch viele Eigenschaften, die für die Kommunalpolitik sehr wichtig sind. Sie haben kommunikative Fähigkeiten, sind oftmals näher an bestimmten Problemlagen dran, sie sind oft kompromissbereiter als Männer und können hier wirklich gut ausgleichend wirksam werden, was gerade in der Kommunalpolitik gefragt ist. Ich denke, sie bringen ganz viele Kompetenzen ein, die sie durchaus für die Gestaltung ihres Umfeldes nutzen sollten.

Was kann Frau in der Kommunalpolitik bewirken?

Ich möchte es gleich aber auch ein kleines Stückchen wieder herunter holen. Natürlich gibt es auch gewisse Grenzen und einen Rahmen in dem man sich bewegt. Es gibt Untersuchungen, die besagen, dass nur etwa 10% der kommunalpolitischen Entscheidungen direkt beeinflussbar sind. Vieles unterliegt wirklich Rahmenbedingungen, die gegeben sind durch Gesetzmäßigkeiten.

Aber gerade in den Gemeinden gibt es doch viele Spielräume, die man nutzen kann. Das sollte man ganz einfach auch tun. Ich vergleiche das immer ein Stück weit mit dem Wetter. Also: Politik ist wie Wetter. Das findet sowieso statt. Nur, Wetter kann man nicht beeinflussen. Aber Politik kann man beeinflussen. Und das sollte man dann wirklich auch tun.

Welche Rolle spielt in Ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit das Thema häusliche Gewalt?

Häusliche Gewalt - als Stadtvertreterin weniger. Aber ich bin ja seit der letzten Legislaturperiode auch im Kreistag hier im Müritzkreis und dort im Sozialausschuss. Dort beraten wir durchaus soziale Beläge, zum Beispiel Fragen, die die Arbeit der ARGE betreffen. Bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen ist häusliche Gewalt schon ein Thema. Wenn es zum Beispiel darum geht, in den Bedarfsgemeinschaften eine Trennung vorzunehmen. Von Jugendlichen zum Beispiel, die gewaltbereit ihren Eltern gegenüber sind und wo man sagt, die müssen räumlich getrennt werden. Das ist sehr schwierig bei der momentanen gesetzlichen Lage. Dieses Thema haben wir im Sozialaus-

schuss in die Diskussion eingebracht und darauf hingewiesen. Ich hoffe auch auf den richtigen Weg gebracht, so dass die Entscheidungen zu Gunsten der Betroffenen getroffen werden. Auch wenn die Bestimmungen dieses Handeln möglich machen, muss hier Politik auch immer wieder den Finger drauf haben und sagen, hier muss auch entsprechend gehandelt werden. Ansonsten sind da die Berührungspunkte nicht so groß.

Werden Sie wieder kandidieren?

Ja, ich werde wieder kandidieren. Auf jeden Fall. Sowohl für die Stadtvertretung Malchow als auch für den Kreistag des Müritzkreises. Beim Kreistag habe ich es aber soweit eingeschränkt, dass ich sage, so wie die Strukturen momentan sind, ja. Wenn es größere Strukturen nachher geben wird, ab 2011, werde ich das sicherlich noch mal sehr genau überlegen müssen. Da die Beratungen ja dann voraussichtlich in Neubrandenburg stattfinden würden, werde ich das zeitlich wahrscheinlich nicht mehr leisten können. Und das wird vielen so gehen. Das ist auch ein Thema, das bei Gesprächen immer wieder benannt wurde. Viele Frauen würden wohl gerne kommunalpolitisch aktiv werden, aber sie sehen die zeitliche Belastung als sehr erheblich. Das ist eine Frage der Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Mandat, Beruf und Privatleben. Und das muss man irgendwie alles unter einen Hut bringen. Das ist nicht so einfach. ■

ZUR INTERVIEWPARTNERIN



Elke-Annette Schmidt, Jahrgang 1957, Dipl. Ingenieurin, arbeitet im Projekt „Impuls“ des Landesfrauenrates M-V in der Regionalstelle für Gleichstellung für Frauen und Männer am Arbeitsmarkt, seit 1990 Stadtvertreterin für die Fraktion „Die Linke“ in Malchow, Abgeordnete des Kreistages Müritzkreis

NUR WER MITMACHT, DARF MECKERN!

HEIKE HEROLD IM GESPRÄCH
MIT MANUELA SCHWESIG, SCHWERIN

In M-V stehen in diesem Jahr mehrere Wahlen an, darunter die Kommunalwahlen. Ich möchte Sie als Sozialministerin, aber auch als ehemalige Schweriner Kommunalpolitikerin fragen: Welche Gründe sehen Sie besonders für Frauen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen?

In dieser Frage sollte man eigentlich keinen Unterschied zwischen Frauen und Männern machen: Wählen gehen muss eine Selbstverständlichkeit sein – das gilt für Bürgerinnen genau wie für Bürger. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass sich vor Jahrzehnten viele Frauen dafür stark gemacht haben, dass sie wählen dürfen – deshalb müssen wir dieses Recht auch nutzen. Außerdem ist es wichtig, dass so viele Frauen wie möglich ihre Stimmen abgeben: Frauen sind klug und wählen weniger rechtsextremistische Parteien.

Im Klartext:

Wo viele Frauen wählen, sinken die Chancen der NPD. Zu guter Letzt: Frauen sollten Frauen unterstützen.

In der Kommunalpolitik engagieren sich Frauen wie Sie. Aber es sind noch wenige. Welche Gründe sehen Sie dafür? Und was wird anders, wenn mehr Frauen in der Kommunalpolitik mitmischen?

Tja, die alten Rollenbilder sind leider noch nicht verblichen: Abends bringt die Frau die Kinder ins Bett und der Mann geht ins Gemeindehaus, um Politik zu machen. Zum Glück gibt es inzwischen viele Mutmacherinnen. Schauen wir uns doch mal Mecklenburg an: Rosemarie Wilcken ist Bürgermeisterin in Wismar, Birgit Hesse Landrätin in Nordwestmecklenburg, Angelika Gramkow Oberbürgermeisterin in Schwerin! Frauen bringen in der Regel eine andere, zusätzliche Sicht auf Themen mit. Was mir wichtig ist: Dieser andere Blick tut natürlich nicht nur gut, wenn die frühkindliche Förderung vor Ort verbessert werden muss, sondern auch, wenn Wirtschaftsbetriebe angesiedelt werden sollen.

Was hat Sie motiviert, aktiv in der Politik mitzumischen?

Ich bin von den Schwerinerinnen und Schwerinern freundlich aufgenommen worden, nachdem ich vor neun Jahren in die Stadt gezogen bin. Ich hatte das Gefühl, dass ich mich aktiv an dieser Gemeinschaft beteiligen sollte. Es gibt viele Wege, etwas für die Gesellschaft zu tun – das ehrenamtliche Engagement in der Kommunalpolitik ist einer dieser Wege. Ich finde, dass es noch einen weiteren Grund zum Einmischen gibt: Nur wer in irgendeiner Form mitmacht, darf meckern!

Als Fachinformationsdienst zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist für uns von besonderem Interesse: Welche Rolle spielte das Thema in Ihrer Zeit als Kommunalpolitikerin und spielt es heute für Sie als Sozialministerin?

Ich mache bei diesem Thema keinen Unterschied zwischen meiner Zeit in der Schweriner Stadtvertretung und der Zeit im Sozialministerium: In jeder Position ist es für mich wichtig, die Gewalt gegen Frauen einzudämmen. Als Stadtvertreterin habe ich mich für das Projekt „Frauen in Zentrum“ stark gemacht. Die Teilnahme an der Aktionswoche gegen Gewalt gegen Frauen ist für mich wichtig. Wir sollten schließlich immer Flagge zeigen! ■

ZUR INTERVIEWPARTNERIN



Manuela Schwesig, Jahrgang 1974, Diplom Finanzwirtin, Mitglied der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin für die SPD-Fraktion bis 2008, Mitglied im SPD-Landesvorstand M-V, seit 6. Oktober 2008 Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern

WEIL ES WIRKLICH ETWAS BRINGT!

HEIKE HEROLD IM GESPRÄCH
MIT DIANA BILLEY, KARNIN (NVP)

Frau Billey, Sie sind eine engagierte Kommunalpolitikerin hier im Ort und gestalten Politik mit. Warum sollten Frauen aus Ihrer Sicht zur Wahl gehen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen?

Tja, Frauen sollten auf jeden Fall immer irgendwo mitmischen, weil sie mitunter eine andere Herangehensweise haben an bestimmte Sachen, auch einen anderen Blickwinkel. Auch, weil sie mehr aus dem Bauch heraus entscheiden. Wenn man immer nur so ganz abstrakt und mit dem Verstand an Dinge rangeht, dann führt das nicht immer zu einer Lösung. Ich denke, dass Frauen eben auch diplomatischer sind. Es ist immer ein ganz anderes Arbeiten, wenn Frauen mit dabei sind. Sie können Situation leichter entschärfen, aber auch genauso konsequent und klug sein wie Männer. Ich habe keine Bedenken, dass Frauen in der Politik mitmischen sollten und plädiere ausdrücklich dafür.

Bei uns in der Gemeinde ist es ein Problem, dass sich immer mehr Männer als Frauen bereit erklären, in der Gemeindevertretung mitzumachen.

Häufig erlebe ich, dass Frauen vor der Politik zurückschrecken, warum auch immer. Vielleicht auch davor, dass sie nicht die Zeit haben, weil sie noch andere Verpflichtungen haben, die sie nicht einfach so ablegen können, so wie die Männer sich dann eben manche Dinge vom Halse schaffen. Manche Frauen trauen es sich vielleicht auch einfach nicht zu.

Meine Erfahrung ist, dass sich Frauen einfach trauen sollen, weil es wirklich etwas bringt. Also ich habe den Schritt für mich nicht bereut. Ich bin jetzt 5 Jahre Bürgermeisterin, aber insgesamt schon 15 Jahre mit dabei: in der Gemeindevertretung und 5 Jahre als stellvertretende Bürgermeisterin. Und es hat eigentlich immer Spaß gemacht, da mitzumachen als Frau. ■■■

SO EIN MANDAT ERFORDERT ZEIT

HEIKE HEROLD IM GESPRÄCH
MIT ANETTE NIEMEYER, ROSTOCK

Als engagierte Kommunalpolitikerin und Mitgestalterin von bürgerschaftlichem Engagement und Politik für Frauen in Rostock möchte ich Sie fragen: Welche Gründe sehen Sie insbesondere für Frauen, zur Wahl zu gehen?

Ich möchte alle auffordern, zur Wahl zu gehen. Es nützt gar nichts, nach der Wahl über die Politik zu meckern. Besser ist doch, vor der Wahl zu entscheiden, welche Personen, seien es Frauen oder Männer, Junge oder Alte, sollen mich in der Kommunalpolitik vertreten. Das betrifft sowohl die Gemeindevertretungen als auch die Kreistage. Und wenn Frauen wollen, dass ihre Interessen vertreten werden, müssen sie sich auch zumindest so weit einbringen, zur Wahl zu gehen. Und ich wünsche mir auch, dass sich Frauen im Vorfeld informieren. Da sollten Fragen gestellt werden wie: wer tritt zur Wahl an, was steht konkret in den Wahlprogrammen der Parteien und WählerInnengruppen, was vertreten deren Kandidatinnen und Kandidaten, kann ich ihnen vertrauen, kennen sie sich aus mit den Problemen in meiner Stadt. Nur dann ist eine verantwortliche Wahlentscheidung möglich. Oft ist gerade bei Frauen zu erleben, dass sie hinterher beklagen, dass ihre Interessen nicht in den Blick genommen werden. Aber jetzt haben sie die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass dieses passiert.

Frauen als Akteurinnen in der Kommunalpolitik: Welche Rolle spielen die nach Ihrer Ansicht heute? Wo liegen vielleicht auch Schwierigkeiten? Was macht den besonderen Reiz für Sie aus, sich politisch zu engagieren?

Wir haben ja in diesem Jahr 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland begangen, ein Tag, der nur teilweise im öffentlichen Bewusstsein war. Er sollte vielleicht viel deutlicher wahrgenommen werden. Vor 90 Jahren haben Frauen dafür gekämpft, die Möglichkeit zur Teilnahme an Wahlen als ■■■

■■■ Und wie ist das zu schaffen als Frau mit Hof und Garten und Kindern?

Ja, also ich sehe da besondere Schwierigkeiten für Leute, die voll berufstätig sind. Das ist wirklich schwierig, gerade weil es ein Ehrenamt ist bei uns in den kleinen Gemeinden. Ich hatte das Glück, dass ich nicht voll berufstätig war und konnte so auch Termine wahrnehmen, die auf den Vormittag lagen. Und das kommt wirklich öfter vor als man denkt. Und abends, da muss schon der Ehepartner mitziehen, dann ist das eben auch mit kleinen Kindern nicht so problematisch. Mitunter sind auch Omas, Opas und Freunde gefragt, die mithelfen können.

Ansonsten, die anderen Sachen, das schafft man schon, Haus, Hof und Garten (lacht), das ist nicht so das Problem. Man muss natürlich auch Lust dazu haben, man muss es auch wollen. Wenn man das Amt nur als Last sieht und gequälterweise die Termine wahrnimmt, das funktioniert dann nicht. Man muss es wirklich wollen, dann kriegt man das auch auf die Reihe.

Was macht für Sie den Reiz an diesem Ehrenamt aus?

Bei mir ist es auf jeden Fall Heimatverbundenheit. Da bin ich so richtig Lokalpatriot. Ich bin hier aufgewachsen, es ist hier meine Heimat und mir liegt am Herzen, dass es hier schön ist, hier konkret in Karnin. Das ist bei mir so die Hauptsache. Man kennt hier jeden, man kennt die Schicksale, man sieht auch konkret, wenn man was schafft, dann sieht man die Ergebnisse. Man ist mitdendrin und man sieht eben auch die negativen Sachen viel eher, als wenn man das von irgendwo weiter weg tut.

Das ist es eigentlich, dass man mit den Leuten, die man kennt, zusammen sein kann und mit ihnen zusammen arbeiten kann. Und das macht eben Spaß. Das gibt für mich diese Verbundenheit. Ich war hier schon immer, ich kenne hier jedes Fleckchen und ich bin daran interessiert, dass es hier immer schön ist und vorwärts geht und die Leute sich wohl fühlen. Das ist mein Anliegen dabei.

Die Parteienlandschaft, die spielt hier keine Rolle in Karnin. Irgendwelches

Parteiengerangel, wenn wir nicht alle an einem Strang ziehen, wäre da irgendwo hinderlich. Das wir an einem Strang ziehen ist auch etwas, weshalb es hier Spaß macht als Bürgermeisterin im Ort.

Ziehen hier in Karnin die Frauen mit, bestimmen die mit und gestalten die Kommunalpolitik im Ort?

Wir haben hier im Ort eine rege Frauengruppe. Wir haben mal begonnen als Bastelgruppe. Wir sind vom Alter her sehr gemischt, von jung bis alt. Wenn Feste oder irgendwelche Veranstaltungen anstehen, dann macht das diese Gruppe, sie organisiert alles. Wir sind zwar kein Verein, wir treffen uns einfach zwanglos. Aber wenn die Frauengruppe nicht wäre, würde es hier ganz schön schlecht aussehen. Also alleine schafft man das nicht. Das sind alles Frauen, die sich einfach so engagieren ohne in der Gemeindevertretung zu sein.

Wie sieht es mit der Wahlbeteiligung in Karnin aus?

Ja die Wahlbeteiligung in Karnin: Ich denke, die ist hier ganz gut. Für viele ist es selbstverständlich, dass man eben zur Wahl geht, wenn der Wahltag ist. Aus meiner Sicht sind es einige der ältesten Bürger, die nicht mehr wählen. Früher war das halt so, dass man zu den Leuten mit der Wahlurne hingegangen ist. Das ist ja jetzt nicht mehr so. Das sind dann häufig auch die Älteren, die sich insgesamt aus dem Dorfleben zurückziehen. ■

ZUR INTERVIEWPARTNERIN



Diana Billey, Jahrgang 1966, Agraringenieurin, seit 2004 ehrenamtliche Bürgermeisterin in Karnin, stellt sich erneut zur Wahl und kandidiert zusätzlich für den Kreistag Nordvorpommern

■■■ Umsetzung eines der wichtigsten Grundrechte zu erhalten. Als ein wichtiges Grundrecht sollte es auch heute noch gesehen werden. Es geht sowohl darum, dass Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, aber auch um das Recht, sich selbst als Frau zur Wahl zu stellen. Hier in Rostock beobachte ich leider, dass es nicht mehr Frauen in der Kommunalpolitik werden, sondern ihr Anteil eher sinkt.

Wo könnten dafür Gründe liegen?

Also, ich glaube zum einen, ist es für Frauen immer noch eine Schwierigkeit, Erwerbsleben, Familie und dazu noch Ehrenamt zu verbinden. Es ist heute leider immer noch so, dass für die Familie hauptsächlich die Frauen verantwortlich gemacht werden und sich häufig auch verantwortlich sehen. Und so ein Ehrenamt, wie es ein Mandat in einer Kommunalvertretung, noch mehr in einem Kreistag ist, erfordert natürlich auch Zeit. Diese Zeit können oder wollen Frauen in der Familienphase häufig nicht aufbringen. Manchmal liegt es auch daran, dass sie dieses Problem mit ihrer Familie nicht klären können. Ich finde aber, gerade Frauen in der Familienphase, die sowohl aktiv im Erwerbsleben stehen als auch

Erfahrungen aus der Familie und aus den unterschiedlichsten Gebieten wie auch Bildung, Soziales, Sport mitbringen, sind umso nötiger in der Kommunalpolitik.

Meiner Erfahrung nach wird es leichter für Frauen, wenn in den Gremien der Frauenanteil steigt. Dann ist das Miteinander ein sachlicheres und das selbst über Parteigrenzen hinweg. Deswegen bin ich auch eine Vertreterin der Quotierung. Bei der Listenaufstellung kann ich nur alle Parteien dazu auffordern, den Frauenanteil per Quote festzulegen. Wenn es in der Kommunalpolitik nicht nur einzelne Frauen sondern Gruppen von Frauen gibt, wird ihre alltägliche Arbeit in der Politik einfacher.

Warum sollen Frauen in die Kommunalpolitik? Es ist schon meine Erfahrung, dass Frauen einen anderen Blick haben. Sie sind häufig nicht die klassischen AutofahrerInnen, sondern wissen, was es heißt, mit der Straßenbahn oder dem Bus zu fahren. Sie haben viel häufiger die Kinder mit im Blick, das geht von KITA's bis zu Schulen und Schulwegen oder um Freizeiteinrichtungen. Sie beachten auch häufiger die Lebenswelt älterer Menschen. Diese Erfahrung mit einzubringen, halte ich für ganz wichtig. Das Prinzip unserer Demokratie kann sich nur verwirklichen, wenn sich Menschen aus unterschiedlichen Lebensbereichen mit einbringen.

Was macht für Sie den besonderen Reiz aus? Warum engagieren Sie sich, soviel ich weiß, auch in der Familienphase?

Manchmal wird es mir nicht geglaubt, aber es macht einfach Spaß. Es macht Spaß zu erleben, etwas bewirken zu können, durch den eigenen Einsatz Veränderungen zu erreichen, Dinge zum Besseren zu verändern und manchmal Prozesse, die mir wichtig sind, anzuschieben. Und noch schöner ist es, wenn ich weiß, dass ich mich für Angelegenheiten einsetze, die auch vielen anderen wichtig sind. Das motiviert dann noch mal mehr. Meine Erfahrung ist: mit dem persönlichen Einsatz kommt die Freude an der politischen Arbeit. Nur zu Sitzungen zu gehen, „sich berieseln zu lassen“, macht es schwer, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und das kann dann schon unbefriedigend und frustrierend werden. Für mich gehört zur kommunalpolitischen Arbeit unbedingt dazu, sich im

Vorfeld von Entscheidungen Informationen zu holen, verschiedene Initiativen und interessante Menschen kennen zu lernen und sich mit diesem Wissen und der Rückendeckung von anderen Menschen im Umfeld in eine politische Diskussion zu begeben.

Schlagen wir den Bogen zum Thema unseres Fachinformationsdienstes: die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Welche Anliegen vertreten Sie zu diesem Thema als Kommunalpolitikerin?

Ich bin hier in Rostock tätig und da ist es vor allem das Frauenhaus, welches ständig um eine ausreichende Finanzierung kämpft. Ich hab das Frauenhaus seit seiner Entstehung begleitet und halte es nach wie vor für eine dringend notwendige Einrichtung, deren finanzielle Basis sichergestellt werden muss. Darüber hinaus bedarf es der Beratungsstellen, die die Opfer häuslicher Gewalt unterstützen und Präventionsarbeit leisten. Auch da ist immer die finanzielle Sicherstellung der Arbeit das A und O, um die fachlich Arbeit zu gewährleisten. Es ist in den vergangenen Jahren gelungen, das Thema häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder als ernsthaftes gesellschaftliches Problem in der Öffentlichkeit und den staatlichen Institutionen wahrzunehmen und Gegenstrategien zu entwickeln. Dieser Prozess muss unbedingt fortgesetzt werden. ■

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:
 Frauen helfen Frauen e.V. Rostock
 Ernst-Haeckel-Str. 1, 18059 Rostock
 Tel. (0381) 40 10 229
 Fax (0381) 121 60 99
 cora@fhf-rostock.de
 www.fhf-rostock.de

REDAKTION:
 Heike Herold und
 Ulrike Bartel, Rostock
 Sabine Jonitz, Wären

SATZ UND DRUCK:
 Altstadt-Druck, Rostock

RECHTE:
 Alle Rechte liegen bei der Herausgeberin. Für namentlich gezeichnete Beiträge sind die AutorInnen selbst verantwortlich. Für unaufgefordert eingesendete Texte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

FINANZIERUNG:
 Die Herausgabe von CORAktuell wird finanziell unterstützt durch die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung M-V.

CORAktuell erscheint quartalsweise. Bestellungen bitte an die Herausgeberin richten.

ZUR INTERVIEWPARTNERIN



Anette Niemeyer, Jahrgang 1961, Dipl. Ingenieurin, Vorsitzende des Ortsbeirates der Kröpeliner-Tor-Vorstadt in Rostock, Vorsitzende des Finanzausschusses der Rostocker Bürgerschaft, Fraktionsgeschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90 in der Hansestadt Rostock, kandidiert mit der Wähler/innen-gruppe AUFBRUCH 09 für die Rostocker Bürgerschaft

WÄHLEN GEHEN - OBERSTE BÜRGERPFLICHT!

HEIKE HEROLD IM GESPRÄCH
MIT WALTRAUT LEWING, STRALSUND

Frau Lewing, Sie sind eine engagierte Kommunalpolitikerin und Sie gestalten in Stralsund Kommunalpolitik, auch für Frauen. Ich möchte Sie fragen: warum sollten Frauen im Wahljahr 2009 wählen gehen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen?

Ich bedauere sehr, dass in Stralsund 2004 die NPD in die Bürgerschaft eingezogen ist. Und das hängt auch damit zusammen, dass wir 2004 so eine geringe Wahlbeteiligung hatten.

Ich rufe die jungen Leute auf, sich am Wahlkampf zu beteiligen, mit zur Kommunalwahl zu gehen, ihre Stimme abzugeben, mit in den Wahllokalen zu helfen. Es ist natürlich nicht einfach, auch als Frau. Ich sehe es so, dass es oberste Bürgerpflicht ist, zur Wahl zu gehen. Die ältere Generation nimmt diese Pflicht aus meiner Sicht wahr, aber viele Jugendliche sind nicht motiviert, zur Wahl zu gehen. Das kann ich einfach nicht nachvollziehen. Wenn man etwas verändern will, muss man auch mitmachen. Das kann man nicht alles nur auf die Schultern der älteren Generation legen.

Also ich rufe die jungen Leute ab 16 auf, zur Wahl zu gehen.

Wie sieht es in Stralsund aus mit Frauen als Akteurinnen in der Kommunalpolitik?

Also unsere Stralsunder Bürgerschaft hat 43 Abgeordnete und davon sind 10 Frauen. Das ist wenig. Die CDU hatte seinerzeit festgelegt, dass auf allen Wahllisten jeder 3. Platz mit einer Frau besetzt werden soll.

Die Frauen müssen aktiver sein in der Politik. Viel aktiver. Ich freue mich, dass wir eine Bundessozialministerin haben, die Ursula von der Leyen, die schon in der kurzen Zeit, in der sie in der Bundespolitik arbeitet, viel für uns Frauen erreicht hat. Für uns ältere nicht, aber für die jungen Leute.

Warum müssten aus Ihrer Sicht mehr Frauen ins Stadtparlament?

Frauen in der Politik sind bodenständiger, sie können mit Finanzen besser umgehen und sie haben auch ein besseres Fingerspitzengefühl den Männern gegenüber. Außerdem haben sie einen engeren Bezug zu Familie, zu den Kindern. In der Stralsunder Kommunalpolitik könnte man auf vielen Gebieten Verbesserungen erreichen, wenn mehr Frauen in der Bürgerschaft wären.

Zum Beispiel dafür Sorge tragen, dass wir mehr Hortplätze zu Verfügung haben, mehr Kindergartenplätze und Krippenplätze bekommen. Auch zum Thema Gewalt gegen Frauen würde sich vieles verändern lassen, wenn wir mehr Frauen in der Kommunalpolitik hätten.

Was macht für Sie den Reiz Ihres politischen Wahlamtes aus, warum tun Sie das? Wie könnten Frauen motiviert werden, sich mehr in die Kommunalpolitik einzubringen?

Ich bin in dieser Stadt geboren, ich fühle mich hier wohl und ich fühle mich auch verantwortlich für diese Stadt. Ich möchte etwas tun, bei wichtigen Entscheidungen mithelfen und diese Entscheidungen mit umsetzen. Die Politiker können ja nur Rahmenbedingungen setzen und umzusetzen hat das nachher die Verwaltung. Also wenn ich denke, dass ich mitbeteiligt bin am Bau des Ozeaneums in letzter Zeit, an der neuen Rügenbrücke, wir haben unser Theater saniert, wir sind dabei, die Stadthalle zu bauen. Wir sanieren Straßenzüge, wir haben unsere Hafensinsel fast fertig – also, da freue ich mich als Stralsunder Bürgerin, dass ich zu allem beigetragen habe und diese Entscheidungen mitgetragen habe.

Auch in Stralsund gibt es Gewalt gegen Frauen. Sie haben in Stralsund ein sehr aktives Frauenhaus. Wie unterstützen Sie als Kommunalpolitikerin diese Anliegen?

Wir können uns glücklich schätzen, dass 1990 im Stellenplan eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte für die Hansestadt Stralsund vorgesehen war und auch noch ist, eine Behindertenbeauftragte und einer Ausländerbeauftragte. Andere Kommunen haben

das nicht. Und wir als Kommunalpolitiker profitieren davon.

Es wurden zwar Stundenkürzungen vorgenommen bei diesen Stellen, da die Bevölkerungszahl gesunken ist und gespart werden muss an allen Ecken und Kanten. Aber mir lag besonders die Frauenarbeit, die Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt am Herzen.

Etliche Frauenvereine wurden durch den städtischen Haushalt bezuschusst, wenn auch die Mittel immer weniger wurden. So mussten wir um die Erhaltung des Frauentreffs SUNDINE von Jahr zu Jahr kämpfen. Das ist eine Einrichtung, die speziell für Frauen vorgesehen ist, sie feierte 2008 ihren 35. Geburtstag. Hier kann man Englischkurse besuchen, sich in Malerei versuchen, frauenpolitische Stammtische, Frauenfrühstück usw. werden dort angeboten. Diese Einrichtung wird sehr gut angenommen und wir müssen jedes Jahr um die Erhaltung und die Bezuschussung kämpfen.

Des Weiteren hat Stralsund ein Frauenhaus, welches ja nicht mehr in kommunaler Obhut ist, aber durch die Arbeiterwohlfahrt als Träger betrieben wird. Für das Frauenhaus kommen jedes Jahr die Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt. Da machen wir Frauen uns natürlich stark und da haben wir auch die Unterstützung der Männer in der Stralsunder Bürgerschaft. ■

ZUR INTERVIEWPARTNERIN



Waltraut Lewing, Jahrgang 1942, Buchhalterin, Rentnerin, Vertreterin in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund in der CDU-Fraktion, Leitung des Ausschusses für Frauen, Familie, Ordnung und Sicherheit bis 2008, Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro von Dr. Angela Merkel

ES MACHT RICHTIG SPASS!

HEIKE HEROLD IM GESPRÄCH
MIT MARLIS PEEGER, TORGELOW

Welche Gründe sehen Sie besonders für Frauen, zu den diversen Wahlen im Jahr 2009 in Mecklenburg-Vorpommern zu gehen? Warum sollten Frauen sich auf den Weg zur Wahlurne machen und von ihrem Recht Gebrauch machen?

Nicht nur Frauen, sondern alle Menschen sind dazu aufgefordert, von diesem Recht auf Wahlen Gebrauch zu machen. Alle 5 Jahre werden diejenigen, die ihre Interessen vertreten sollen, in den Kommunen gewählt. Demzufolge sollte zumindest die Entscheidung, wer in den Parlamenten sitzt, von möglichst vielen Menschen mitgetragen werden und getroffen werden.

Für Frauen ist es insbesondere wichtig, weil Frauen aus meiner Erfahrung heraus sehr viel genauer hingucken, wen sie wählen, warum sie diese oder jene Person wählen. Sie schauen, inwiefern diese Menschen kommunikationsfähig sind, sie sich diese Person als Interessenvertretung für sich und für ihre, auch ganz persönlichen, Probleme vorstellen können. Deswegen ist der Kontakt zwischen den Menschen, die gewählt haben und die gewählt sind, ganz wichtig. Und ich glaube, Frauen versuchen, intensiv diesen Kontakt zu halten.

Viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind im Vorfeld der Wahlen dieses Jahr, insbesondere zur Kommunalwahl, besorgt, dass rechte Parteien an Zulauf gewinnen. Wie sehen Sie dieses Problem und können da Frauen vielleicht „das Ruder rumreißen“?

Besorgt bin ich auch. Und die Besorgnis teilt sich uns allen mit, ganz einfach, weil wir auf der Straße und auch in anderen Auseinandersetzungen, wie ich sie letztes im Kreistag erfahren habe, die Rechten erleben. Und sie auf eine Art und Weise erleben, die mir die Haare zu Berge stehen lässt, weil sie sehr provokant und populistisch auftreten. Ich sehe aber auch die Chance, dass diese Leute nicht gewählt

werden, indem man sich ganz deutlich mit ihnen auseinandersetzt im Vorfeld der Wahlen. Sie auszusperrten von irgendwelchen Veranstaltungen halte ich für nicht sehr sinnvoll. Die Auseinandersetzung ist ganz wichtig: zu zeigen – oder sie sich zeigen lassen, welche Parolen sie verbreiten und ob sie argumentieren und überhaupt Sacharbeit leisten können. Das können die Wählerinnen und Wähler sehr genau testen, indem sie ihnen sachkundige Fragen stellen. Denn gerade bei den Kommunalwahlen wissen die Bürger am besten Bescheid. Sie wissen, wo der Schuh drückt und wie bestimmte Probleme gelöst werden könnten.

Ob Frauen „das Ruder rumreißen“ können? Ich denk schon, dass Frauen eine besondere Rolle bei der Wahl spielen, denn wenn man sich mit den Rechten und ihrem Umgang mit den Menschen genauer befasst, dann sind sie nach meiner Erfahrung meist sehr abschätzig im Umgang mit Frauen. Und je mehr Frauen zur Wahl gehen, die diese Leute erkannt haben, desto weniger Chancen haben die Rechten bei den Wahlen.

Denken Sie, dass es einen speziellen Blick von Frauen auf Politik und besondere Anliegen von Frauen gibt?

Meine Erfahrung der letzten Jahre ist, dass die Interessen und die Anliegen der Bürger, zumindest was eine Kleinstadt wie Torgelow oder auch den dünn besiedelten Landkreis wie Uecker-Randow betrifft, nicht geschlechtsspezifisch sind. Es geht natürlich in der Kommunalpolitik um Arbeit, um Arbeitsplätze. Aber natürlich auch um Lebensqualität innerhalb der Kommune. Das betrifft sowohl die jungen Leute als auch die ältesten Rentner.

Aber mir ist insbesondere im Sozialausschuss der Stadt deutlich geworden, dass sich Frauen mehr kümmern, damit alle lebenswert leben. Das ist vielleicht ein gewisser „Sorgetrieb“, den Frauen haben. Es macht mir viel Freude, wenn Frauen mit Anliegen kommen und wir feststellen: Mensch, ihr habt Recht, ist uns noch gar nicht aufgefallen. Wir versuchen es.

Sie haben zwei Ehrenämter: Sie sind Stadtpräsidentin in Torgelow und sind Vertreterin

im Kreistag Uecker-Randow. Worin liegt für Sie der Reiz, sich in politische Ämter zu stürzen? Was könnten Sie Frauen mit auf den Weg geben, die darüber nachdenken, ob sie vielleicht für ein politisches Amt kandidieren?

Die Motivation hat sich entwickelt: als ich 1990 für den Kreistag das erste Mal kandidierte, war das eher aus Ärger und Wut, nach dem Motto „Nun grade“ und „den Anderen überlassen wir nicht das Feld“. Es hat für mich mehr mit der politischen Meinung und der eigenen Haltung zu tun. Wenn man was ändern oder beeinflussen will, dann macht man es eben und packt zu.

Im Laufe der Zeit hat sich der Ärger und dieses „Jetzt werden wir mal zeigen, wir können das auch.“ verändert und zwar in Spaß. Es macht richtig Spaß. Nicht immer, aber es macht Spaß. Ganz einfach, weil man Probleme viel tiefgründiger kennen lernt, man sehr viel offensiver mit Problemen umgeht. Man meckert nicht nur auf der Straße über dies oder jenes, was nicht läuft, sondern überlegt sofort: Welche Möglichkeiten haben wir, diese Dinge zu beeinflussen und auf den Weg zu bringen, wo sie hingehören.

Und dann gibt es noch viele Mitstreiter in den Parlamenten, den Verwaltungen mit denen wir zusammen arbeiten und mit denen man sich gut auseinandersetzen und Dinge gemeinsam anpacken kann. Was mich manchmal ärgert, wenn Versprechen nicht einhalten werden. Aber positive Auseinandersetzung, der Streit, der irgendetwas voranbringt, das macht mir Spaß.

Denken Sie, dass Sie Ihre Ämter gut ausfüllen, obwohl Sie eine Frau sind oder gerade weil Sie eine Frau sind?

Das ist schwierig zu beantworten. Ich bin der festen Überzeugung, dass ich diese Ämter relativ gut ausfülle, weil ich interessiert an der Sache bin. Weil ich von allen möglichen Seiten und durch alle möglichen Interessen auf Probleme gestoßen werden und auch mir Probleme auffallen. Vielleicht ist die Art und Weise, Probleme an Andere zu einem speziellen Zeitpunkt heranzutragen, etwas spezifisch Weibliches. Oder auch die Art und Weise der Auseinandersetzung, indem ich An-

KOMMUNALWAHLEN 09 - EIN THEMA FÜR FRAUEN

■■■ deren Wege aufzeige. Vielleicht liegt es auch daran, dass ich Lehrerin bin? Dieses pädagogische Element (lacht) spielt da vielleicht eine Rolle, das ausgleichende Moment, dass ich versuche, Harmonien zu schaffen, um ein Ziel zu erreichen.

Sicherlich kommt das Eine zum Anderen, es hat ja auch mit zunehmendem Alter und Abgeklärtheit (lacht) oder auch taktischem Verständnis zu tun.

Wie sieht's denn aus mit weiblichen Mitstreiterinnen in Ihren Ämtern?

Wir haben da keine so großen Probleme, die Parität in der Stadtvertretung in Torgelow zu halten. Im Städtischen Parlament überwiegen die Herren bei der CDU und beim Bürgerbündnis haben wir 2 Frauen von 7 Parlamentariern und bei der SPD sind es nur 2 Männer. In der Fraktion „Die Linke“ sind wir mindestens zur Hälfte Frauen. Das betrifft auch die Besetzung der Ausschüsse und die sachkundigen Bürger. Das hat sich einfach so ergeben. Die Frauen engagieren sich und sind bereit, Zeit ans Bein zu binden und sich auch mit Problemen zu befassen, die nicht nur ihre sind.

Wir haben zum Beispiel im Betriebsausschuss eine junge Frau, sie ist mitverantwortlich für die Entscheidungen für die Eigenbetriebe der Stadt: für Wasser, Abwasser oder Kanalbau. Also das sind ja landläufig nicht besonders weibliche Angelegenheiten. (lacht).

Im Kreistag sieht die Geschlechterverteilung bei den Vertreterinnen nicht so günstig aus. In der Fraktion „Die Linke“ schon, bei den anderen Fraktionen nicht so sehr.

Also bräuchten Sie da auch noch weibliche Verstärkung?

Na klar! Immer! Das ist ganz, ganz wichtig, denke ich. Schon damit die Männer auch etwas Konkurrenz kriegen.

Was denken Sie denn, warum strömen die Frauen nicht alle in die politischen Ämter?

Das hab ich mich schon oft gefragt. Das Selbstvertrauen, das mangelnde Selbstvertrauen hindert Frauen daran

– denke ich. Und alte Rollenbilder von Männern und Frauen haben sich in den Familien nach meinem Augenschein wieder verstärkt.

Frauen haben sich wieder mehr um die Kinder zu kümmern. Frauen bleiben für die Kinder zu Hause, obwohl von der Politik aus das eine oder andere dagegen unternommen wird. Aber, ich denke, das ist weiter wieder in die Richtung gegangen, dass Frauen zu Hause bleiben sollten. Und sie tun es auch! Viele, auch junge Frauen, meinen, sie hätten damit genug zu tun.

Die Bereitschaft, sich auch im Ehrenamt zu engagieren, ob im Wahlamt oder in Vereinen und Verbänden ist für meine Begriffe rückläufig. Es ist auch so, dass Frauen nicht so gerne im Blickpunkt stehen möchten. Sie arbeiten lieber im Hintergrund, backen z. B. für die Ringer Kuchen, anstatt bei der Siegerehrung mit aufzutreten und zu sagen: ich bin Mitglied des Vereins, ich bin Schatzmeister und jetzt kriegen die Sportler die Medaillen von mir umgehängt, ich habe schließlich meinen Teil dazu beigetragen. Ich glaub, da fehlt es an Selbstbewusstsein. Und da fehlt auch ein bisschen Mut, ganz einfach deutlich zu machen: Eh, hier bin ich! ■

ZUR INTERVIEWPARTNERIN



Marlis Peeger, Jahrgang 1953, Berufsschullehrerein, Mitglied des Kreistages Uecker-Randow für die Fraktion „Die Linke“, Leitung des Bau- & Planungsausschusses, Stadtvertreterin in Torgelow, Stadtpräsidentin seit 1994

Herzlichen Dank an unsere Gesprächspartnerinnen für die Interviews!

DR. MARGRET SEEMANN, PARLAMENTARISCHE STAATSSSEKRETÄRIN FÜR FRAUEN UND GLEICHSTELLUNG DER LANDESREGIERUNG M-V ZUM THEMA

2009 ist das Superwahljahr in Deutschland mit insgesamt 16 Wahlen. Dazu gehören die Europawahl, die Bundestagswahl, Landtagswahlen in fünf und Kommunalwahlen in acht Bundesländern, unter anderem auch in Mecklenburg-Vorpommern. Hier haben am 7. Juni 2009 alle wahlberechtigten Frauen unseres Bundeslandes die Chance, für die Kommunalwahl zu kandidieren und so die Geschicke ihrer Kommune mitzubestimmen. In der Kommune – ob auf Kreis- oder Gemeindeebene – bieten sich wichtige Gestaltungsmöglichkeiten: Hier werden Entscheidungen für alle Lebensbereiche getroffen wie Familienpolitik, Stadt- und Finanzplanung, Verkehrspolitik. Von diesen Entscheidungen aber sind Frauen und Männer unmittelbar und vor allem unterschiedlich betroffen. Denn die Lebenslagen von Frauen und Männern unterscheiden sich. Für eine geschlechtergerechte Kommunalpolitik ist es deshalb ausschlaggebend, dass auch die Lebenserfahrungen von Frauen in die politischen Entscheidungen einfließen. Und das gelingt am besten, wenn man gemeinsam am Tisch sitzt. Nur durch aktive Mitarbeit von Frauen können Benachteiligungen verhindert werden!

Trotzdem sind Frauen auf der kommunalpolitischen Ebene unterrepräsentiert: Sie stellen nur fünf Prozent der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister in Deutschland. Lediglich fünf Prozent der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern in Mecklenburg-Vorpommern haben eine Bürgermeisterin. Angesichts dieser Zahlen möchte ich daran erinnern, dass gerade wir Frauen aus den neuen Bundesländern in der Wendezeit das Ziel hatten, an politischen Entscheidungen mitzuwirken, ein Wort mitzureden. Wir haben unseren Anspruch angemeldet und teilweise auch umgesetzt. Einige von uns sitzen jetzt an politischen Stellen, sei es im Bund, im Land oder in der Kommune. Aber es ■■■

■■■ sind zu wenige! Sicher, die politische Kultur von Frauen hat noch keine lange Tradition und wir müssen auch bedenken, dass das Handlungsfeld der Politik historisch unter dem Ausschluss der Frauen entstanden ist. Erst vor 90 Jahren erstritten sich Frauen in Deutschland das Recht zu wählen und gewählt zu werden. Vor 60 Jahren erfolgte in Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik die Festschreibung: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt.“ Seitdem ist in Deutschland durch Frauen für Frauen vieles erreicht worden. Ich nenne exemplarisch:

- das Mutterschutzgesetz 1952,
- die Einrichtung erster Frauenhäuser 1976,
- die Einführung von Erziehungsgeld sowie die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung 1992 oder
- das Gesetz zur Bestrafung von Vergewaltigung in der Ehe 1995.

Diese Errungenschaften sind Meilensteine! Und sie sind gesetzt worden, weil Frauen sich zur politischen Mitarbeit entschieden haben. Dieses Engagement hat sich gelohnt und wird sich immer wieder lohnen. Vor allem auf kommunaler Ebene erleben Frauen als Politikerinnen Anerkennung, sie erwerben neue Fähigkeiten und Kompetenzen, sie bewegen und bewirken etwas.

Die Europäische Akademie für Forschung hat im Auftrag der Bundesregierung Kommunalpolitikerinnen nach ihren Gründen für den Einstieg in die Politik befragt: 81% der Befragten sagten, sie wollten sich „über den eigenen Tellerrand hinaus“ engagieren, 56% wollten sich persönlich weiter entwickeln, 41% ein konkretes Thema voran bringen und 37% suchen eine neue Herausforderung. Interessant ist, dass ein Drittel sagt, sie seien in Kommunalpolitik einfach so „hineingerutscht“. Der Einstieg in die Politik erfolgte also eher ungeplant und spontan. Obwohl viele Frauen bereits vorher schon engagiert waren. Das klassische Beispiel sind hier die Elternvertretungen an Kindergärten und Schulen.

Aufgrund dieser Ergebnisse hat die Europäische Akademie Handlungsempfehlungen entwickelt. Empfehlungen, die ich voll unterstützen kann. Wenn diese Handlungsempfehlungen parallel bearbeitet werden, dann wird es gelingen, Kommunalpolitik noch attraktiver zu gestalten.

Dazu gehören:

- die Vereinbarkeit von Kommunalpolitik für Frauen mit ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrem familiären Umfeld.
- Des Weiteren sollte sich die Zeitinvestition in ein politisches Ehrenamt für die persönliche Entwicklung lohnen: Engagierte Frauen in der Kommunalpolitik wollen und brauchen also die Möglichkeit der Weiter- und Fortbildung.
- Seitens der Arbeitgeber ist Zeitpolitik gefragt: Mittels individueller und flexibler Arbeitsmodelle sollte politisches Engagement gefördert und unterstützt werden. Denn generell gilt: Zivilgesellschaftliches Engagement ist keine verlorene Zeit!
- Eine Handlungsempfehlung, die ich als Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen- und Gleichstellung des Landes besonders begrüße, ist die nach der Förderung partnerschaftlicher Lebensmodelle, die es ermöglichen, Frauen und Männern ihr Leben individuell zu gestalten und trotzdem Beruf, Familie und Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Dazu gehört die ideelle und finanzielle Unterstützung von gleichberechtigten Partnerschaften u.a. über das Steuer- und Sozialrecht.
- Und natürlich muss die kommunale Betreuungs- und Pflegeinfrastruktur so ausgebaut werden, dass Frauen gern und ohne schlechtes Gewissen der Familie gegenüber ein politisches Ehrenamt übernehmen.
- Nicht zu vernachlässigen ist die Handlungsempfehlung nach Mentoring, also die fachliche Unterstützung des politischen Nachwuchses, der kollegiale Austausch von Kommunalpolitikerinnen sowie die Netzwerkbildung.

Gute Politik profitiert von Erfahrungen. Erfolgreiche Politik profitiert von engagierten Frauen! Frauen, die die Ziele einer gerechten Politik verteidigen. Dazu gehören:

- die Gleichstellung in Beruf und Familie,
- die Erhöhung des Frauenanteils in verantwortlichen Positionen,
- gleicher Lohn für gleiche und gleichberechtigte Arbeit,
- gleiche Arbeitsplatzchancen und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten,
- gleiche Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen,
- die Bekämpfung von jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Kinder,
- der Ausbau der sozialen Sicherung der Familientätigkeit bei Erziehungs- und Pflegeleistungen und
- die Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen.

Ich wünsche mir, dass wir Frauen gerade in diesem Jahr der Wahlen zeigen, dass wir selbstbestimmt demokratisch mitbestimmen wollen!



Herzliche Grüße,
Dr. Margret Seemann

FRAUEN MACHT KOMMUNE

AUTORIN: BRIGITTE THIELK, ROSTOCK

Rostock ist bundesweit eine von 12 Städten, die sich auf Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin an der Kampagne „Frauen Macht Kommune“ beteiligt.

Ziel ist es, insbesondere Frauen zu ermutigen, sich für Kommunalpolitik zu interessieren, sich über die Möglichkeit der Mitwirkung zu informieren und in Kontakt mit Politikerinnen und Politikern zu kommen, um den Anteil der Frauen in der Bürgerschaft wieder zu steigern, denn der Anteil der Frauen sank von Beginn der jetzigen Wahlperiode von 45,3 % auf 30,1 % zum heutigen Zeitpunkt.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, die vor großen demografischen Herausforderungen steht. Um diesen zu begegnen, müssen die gesellschaftlichen Potenziale und Ressourcen in Zukunft besser genutzt, Partizipationen und Bürger- und Bürgerinnenverantwortung

gestärkt werden. Dies gilt für Frauen in gleicher Weise wie für Männer, daher ist es wichtig auch in Rostock nicht auf die Erfahrungen, Sichtweisen und Kompetenzen zu verzichten.

Um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen, sind nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereine oder Verbände gefragt. Frauen sind in vielen Bereichen genauso aktiv wie Männer, doch fehlen sie vielfach in der politischen Interessenvertretung, also dort, wo es darum geht, Entscheidungen zu treffen.

Ein im letzten Jahr gegründetes Kampagnen-Komitee, bestehend aus Vertreterinnen von

- Arbeits- & Fortbildungswerk GmbH
- Barrierefreies Rostock e.V.
- Charisma e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Frauen in die Wirtschaft e.V.
- Frauen helfen Frauen e.V.
- Gleichstellungsbewegen e.V.
- Rostocker Fraueninitiativen e.V.
- Unabhängiger Frauenverband Landesverband M-V e.V.
- Wohltat e.V.

organisierte bereits am 4. Dezember 2008 den ersten Aktionstag im Rathaus.

An diesem Tage wurde ein roter Teppich ins Rathaus gerollt, um den Frauen symbolisch den Weg ins Startparlament aufzuzeigen.

Frau Dr. Ingrid Bacher, Präsidentin der Bürgerschaft, zeigte in ihrem Grußwort auf, dass auch bei uns in Rostock mehr Frauen an Schnitt- und Entscheidungsstellen in der Bürgerschaft, in den Ausschüssen, in Ortsbeiräten notwendig wären. Wörtlich sagte sie:

„Viele Frauen in unserer Stadt engagieren sich in gesellschaftlichen, zum Teil ehrenamtlichen Bereichen, in Vereinen und Verbänden – das ist wichtig und gut! Aber trotzdem brauchen wir mehr Frauen, die bereit sind, kommunalpolitische Verantwortung zu übernehmen“.

Mit einem politischen Frauenfrühstück am 8. März 2009, dem Internationalen Frauentag wurde der Dialog zwischen Frauen aus Politik, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Institutionen fortgesetzt.

ZUR AUTORIN

Brigitte Thielk, Jahrgang 1954, Industriekauffrau, seit 1990 kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Rostock



Aktionstag 04.12.2008 im Rostocker Rathaus

Das Kampagnen-Komitee lädt alle interessierten Rostockerinnen und Rostocker zu einer **POLITIKMESSE AM 18. APRIL 2009** in der Zeit von 10 bis 15 Uhr in das Rostocker Rathaus ein.

Parteien und Wählerbündnisse unserer Stadt, die Stadtteil- und Begegnungstätten, das Europäische Integrationszentrum sowie die einzelnen Organisationen des Kampagne-Komitees präsentieren sich den Besucherinnen und Besuchern und stehen für Gespräche zur Verfügung.

Ablauf der Messe:

- | | |
|------------------------|---|
| 10:00 Uhr | Grußwort des Oberbürgermeisters
Impulsreferat zu „Frauen Macht Kommune“
Kulturbeitrag |
| 10:30 Uhr | Podiumsdiskussion mit Frauen aus der Bürgerschaft
Kulturbeitrag |
| 11:30 Uhr | Rundgang / Gespräche |
| 13:00-14:30 Uhr | Workshop 1: Gekonnt präsentieren |
| 13:00-14:30 Uhr | Workshop 2: Wie tickt die Presse? |
| 15:00 Uhr | Schlusswort – Abschluss der Politikmesse |

Für Kinderbetreuung und das leibliche Wohl wird gesorgt.
Die Teilnahme ist kostenlos. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

INTERVENTIONSSTELLEN IM BUNDESVERGLEICH

AUTORIN: PETRA WEIMANN

Im November 2008 trafen sich die Interventionsstellen zu einem zweitägigen bundesweiten Vernetzungstreffen in Berlin. Dieses Treffen war nicht das erste dieser Art, für mich als neue Mitarbeiterin der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt in Neubrandenburg erlaubte es einen Blick über die Landesgrenzen von M-V hinaus.

Das Treffen war von der Berliner Interventionszentrale gegen häusliche Gewalt (BIG) mit enormem Organisationsaufwand und mit finanzieller Unterstützung des BMFSFJ vorbereitet worden. Bundesweit gibt es ca. 100 intervenierende Stellen gegen häusliche Gewalt, angereist waren ungefähr 50 Teilnehmerinnen. Nicht jedes Bundesland hatte eine Delegierte geschickt.

Während des ersten Tages stellten die Interventionsstellen ihre Arbeit im jeweiligen Bundesland vor. Dabei traten große Unterschiede in der konzeptionellen und organisatorischen Arbeit, der Vernetzung auf Landesebene, Dokumentation und der Betreuung von mitbetroffenen Kindern zu Tage. Als kleinster gemeinsamer Nenner aller Anwesenden ergab sich das Arbeiten im proaktiven Ansatz nach einem Polizeieinsatz.

In M-V, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Saarland existieren spezielle Interventionsstellen. In anderen Bundesländern übernehmen Beratungsstellen neben ihrer Beratung mit Komm-Struktur die pro-aktive Beratung. In Hessen bieten von 22 Frauenberatungsstellen 18 Einrichtungen pro-aktive Beratung nach einem Polizeieinsatz an. Neben den Interventionsstellen arbeiten in Rheinland-Pfalz auch verschiedene Beratungsstellen nach der Konzeption der Interventionsstellen. In Berlin wird der pro-aktive Ansatz im Kooperationsverbund der BIG-Hotline umgesetzt. Alle Faxe der Berliner Polizei gehen über eine Faxnummer zentral bei der BIG-Hotline-Zentrale ein und werden an fünf verschiedene Frauenberatungsstellen verteilt. Die Verteilung erfolgt nach einem Schlüssel, jeden Tag

wird die pro-aktive Beratung von einer anderen Beratungseinrichtung übernommen.

Auf Grund der unterschiedlichen Gestaltung und starken Zersplitterung der Interventionsstellenlandschaft waren die Angaben zur Personalausstattung nicht mit einander zu vergleichen. In M-V entfallen auf die fünf Interventionsstellen jeweils 66 Arbeitsstunden, mit denen ein Polizeidirektionsbereich mit 200.000 bis 400.000 Einwohner abgedeckt wird. Das Saarland unterhält eine Interventionsstelle mit zwei Vollzeitstellen. In Sachsen decken sieben Interventionsstellen mit unterschiedlicher Stundenzahl die pro-aktive Beratung ab. Niedersachsen unterhält 29 Interventionsstellen, von denen der Interventionsstelle in Meppen 9 Wochenstunden für 115.282 Einwohner, in Lingen 10 Wochenstunden für 101.073 Einwohner finanziert werden. Die hessischen Mitarbeiterinnen konnten keine Aussage zu der genauen Anzahl der Arbeitsstunden für die pro-aktive Beratung treffen, da die Interventionsarbeit häufig in die Beratungsstellenarbeit integriert und nicht gesondert festgehalten wird.

Die unterschiedliche Stellenausstattung hat große Auswirkungen auf die quantitative und qualitative Arbeit und äußert sich am auffälligsten in der Höhe der Fallzahlen, d.h. der Anzahl der gemeldeten Opfer. Das Saarland verzeichnete 2008 von Januar bis September 646 Fälle häuslicher Gewalt. M-V konnte im vergleichbaren Zeitraum 1.572 Opfern Hilfe anbieten. In Sachsen-Anhalt wurden 2008 im ersten Halbjahr 388 Fälle von häuslicher Gewalt zuzüglich 274 Fälle von Stalking registriert.

Der Grad der Vernetzung innerhalb der Interventionsstellen eines Bundeslandes ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Treffen sich die Interventionsstellen in M-V im Abstand von sechs Wochen zum Erfahrungsaustausch, so haben sich die rheinland-pfälzischen Interventionsstellen zu einem Fachkreis zusammenschlossen, der sich viermal im Jahr trifft. In vielen anderen Bundesländern sind die pro-aktiv arbeitenden Beratungsstellen gar nicht oder nur sehr schwach vernetzt, was von den Mitarbeiterinnen vor Ort als großes Manko empfunden wurde. Ich hatte den Eindruck, dass einige Vertreterinnen ihres Bundeslandes sich in Berlin zum ersten Mal trafen.

Vertreterinnen aus verschiedenen Bundesländern konnten daher auch nicht angeben, wie viele Opfer in ihrem Bundesland erreicht wurden, da keine gemeinsame Erhebung von Daten stattfindet. Nur in wenigen Bundesländern erfolgt die genaue Erfassung und Auswertung durch Anwendung eines gemeinsamen Statistikprogramms, wie in Sachsen-Anhalt und M-V. Die erhobenen Daten ermöglichen Rückschlüsse auf die Qualität der Arbeit.

Eine spezialisierte Kinder- und Jugendberatung haben nur die Interventionsstellen in M-V. In den anderen Bundesländern wird die Beratung von den Mitarbeiterinnen, die die Opfer beraten, „mit erledigt“. Dementsprechend aufmerksam wurde der Vortrag von der Kinder- und Jugendberatung Rostock verfolgt. In diesem berichtete Kati Voß zusammen mit Heike Herold über die Entwicklung, die Vorgeschichte, den Prozessverlauf, den Stellenwert in der Interventionskette und die Evaluation der Kinder- und Jugendberatung in M-V.

Am Ende des zweitägigen Kennen Lernens, des Austausches mit Länderberichten und Fachvorträgen, der Weitergabe von Infomaterial und Gedanken und der angeregten Diskussionen in großer Runde wurde beschlossen, dass ein erneutes Treffen stattfinden soll.

Mein Fazit dieses Treffens:

M-V steht im Bundesvergleich auf einem Spitzenplatz, was die Fallzahlen, die Stellenausstattung, Vernetzung und Kinder- und Jugendberatung betrifft! Eine Erkenntnis, die meine Arbeit – zurück in Neubrandenburg – zusätzlich beflügelte und Auftrieb gab.

ZUR AUTORIN



Petra Weimann, Sozialpädagogin, ehemalige Mitarbeiterin des Quovadis e.V., Neubrandenburg von März 2008 bis Februar 2009